



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 14/26 (Nr.61) am 14. September 2026

Und jetzt am 26.9. zeigen wir unsere Stärke:

Jetzt alles raus auf die Straße!

Für den 26. September gibt es keine Ausrede. An diesem Tag zeigen wir Gewerkschafter unsere Kraft und Stärke, denn sie wollen uns unser Fell über die Ohren ziehen. Aber noch ist der Bär nicht erlegt. Wir müssen uns wehren.

Jetzt brauchen wir Dich. Jede und jeder ist gefragt. Diese Demonstration muss großartig werden. Es geht um unsere Arbeit, um Gesundheit und um unsere Rente. Es geht um alles. Es geht um den großen Angriff gegen unsere Interessen. Wir beantworten den Klassenkampf von oben durch den Klassenkampf von unten. Wir sehen uns am 26. September um 11 Uhr im Saarbrücker Bürgerpark. Von dort demonstrieren wir zum Schloss, wo die Kundgebung stattfinden wird. Hauptredner dort ist der Kollege Ralf Reinstädter, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Hilf mit!

**Transparente malen am Samstag, 19.9.26
um 10.00 Uhr im ver.di Haus.**

Hilf mit!

**Der Ortsverein trifft sich zur
Verteilaktion für den Aktionstag
am Donnerstag
24.9.26 um 16.00 Uhr vor dem
Hauptbahnhof Saarbrücken**

Die Gewerkschaften setzen Busse ein, Anmeldung erfolgt auf den Webseiten des DGB: [klick](#). Wir von ver.di treffen uns ab 10 Uhr im Hof von ver.di. Wir wollen ja auch sichtbar sein. Das gilt in besonderem Maße für die Kolleginnen und Kollegen des Ortsvereins. Wir wollen schließlich nicht übersehen werden.

Flugblatt der Initiative Nie wieder Krieg:

Der DGB ruft auf zum bundesweiten Aktionstag am 26. September!
Die Friedensbewegung ruft zum Protest gegen Krieg am 3. Oktober!

Auf die Straße! Gegen Sozialabbau und Krieg!

Die forcierte Aufrüstung fordert immer mehr ihren Preis - drastische Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung, der Pflege, bei den Renten, bei Sozialleistungen. Die öffentliche Infrastruktur verfällt, Städte und Gemeinden stehen vor dem Ruin. Wenn es nach der Regierung Merz geht, sollen weitere Kürzungen folgen. Sie erklärt, wir hätten „über unsere Verhältnisse“ gelebt und seien „zu teuer“, „zu faul“ oder „zu häufig krank“. Das sind arbeitnehmerfeindliche Parolen und Angriffe gegen unsere sozialen und tarifvertraglichen Errungenschaften.

Stefan Körzell, stellvertretender DGB-Vorsitzender zum Bundeshaushalt:

„Dieser Haushalt ist geprägt von Kürzungsvorgaben (bei sozialstaatlichen Leistungen) und einem enormen Aufwuchs von Militärausgaben. (...) Allein im kommenden Haushaltsjahr sollen die Verteidigungsausgaben auf rund 160 Milliarden Euro steigen – das entspricht einem Viertel aller Ausgaben des Bundes. Die massiv steigenden Verteidigungsausgaben und die hiermit verbundenen Belastungen durch Zinsen und die Schuldentilgung schränken die finanzielle Handlungsfähigkeit in den nächsten Jahren immer weiter ein.“

Doch die Behauptung der Bundesregierung, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, nimmt uns in den Tarifrunden den Rückenwind. Wie sollen wir in einem Klima des Sozialabbaus erfolgreich für höhere Einkommen kämpfen? Wie sollen wir kürzere Arbeitszeiten durchsetzen, wenn die Bundesregierung den Achtstundentag abschafft und damit 13-Stunden-Arbeitstage legalisiert? Bereits die im Sommer durchgepeitschte „Reform“ der Gesetzlichen Krankenversicherung wird massive negative Auswirkungen auf

die Beschäftigten in der Pflege haben. Mit dem Wegfall der Instrumente zur Personalbemessung wird es ab 2027 keine klaren Regeln mehr geben, wie viele Pflegekräfte für eine bedarfsgerechte Krankenversorgung nötig sind. Gleichzeitig sollen Tarifsteigerungen im Krankenhausbereich nur noch zur Hälfte refinanziert werden. **Der Druck auf die Beschäftigten wird weiter steigen. Das ist das Ergebnis der Kürzungspolitik!**

Begründet wird die Hochrüstung mit einer Bedrohung aus Russland, obwohl die NATO-Staaten in Europa jetzt schon weit überlegen sind. Deutschland, die EU und die NATO müssen sich um Friedenslösungen bemühen, statt die Konfrontation zu eskalieren, den Krieg und das Leiden der Menschen zu verlängern. Deutschland wird zunehmend zur Kriegspartei. Das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf ganz Europa wird immer größer. Wir brauchen stattdessen Friedenspolitik, Diplomatie, Rüstungskontrolle, für eine neue Friedensordnung in Europa statt Kriegstüchtigkeit!

Der Kampf gegen Sozialabbau muss verbunden werden mit dem Kampf gegen Hochrüstung und Krieg! Der Beschluss des DGB-Bundeskongresses 2026 muss mit Leben gefüllt werden:

„Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deshalb der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Das gilt gerade in diesen Zeiten, in denen sich eine militärische Denk- und Handlungslogik immer mehr durchsetzt. Mehr denn je brauchen wir eine Friedensbewegung, die dagegen kraftvoll die Stimme erhebt (...).“

Wir rufen daher auf, gemeinsam zu demonstrieren, Gewerkschaften und Friedensbewegung:

am 26. September für einen starken Sozialstaat, für gute Arbeit und Arbeitnehmerrechte!
am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart gegen Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg!

Unterstützt die Initiative „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“, beteiligt euch an Veranstaltungen und Aktionen.

Mehr Infos findest Du /
<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>



Seminar des ver.di-Ortsvereins Post Senioren

Wir werden angegriffen

Am 11. September war das Thema beim Ortsverein der Senioren Post im Fachbereich E die Vorbereitung auf den 26. September. Michael Quetting vom Ortsverein Saar-Blies referierte. Motto seiner Ausführungen: „Wir werden angegriffen.“

Zwanzig aktive Kolleginnen und Kollegen des OV der Senioren Post im Fachbereich E trafen sich am 11. und 12. September zu ihrem Seminar in der Bildungsstätte der Arbeitskammer in Kirkel.

Schwerpunkt am Samstag waren die Angriffe auf unsere sozialen und demokratischen Rechte. Dazu hielt unser Vorstandsmitglied Michael Quetting eine ausführliche Präsentation und klärte zahlreiche Fragen. Er berichtete von den Angriffen auf unsere erkämpften Errungenschaften, erläuterte diese. Er belegte, dass die Behauptung, der Sozialstaat sei aufgebläht ein Mythos sei. Er umschiffte auch nicht „den Elefan-



ten im Raum“ und schilderte den Weg der Bundesrepublik in die Kriegswirtschaft und anschließend darzulegen, dass sich die sogenannte Zeitenwende zum Wendepunkt für die Gewerkschaften werden müsste. Schließlich erläuterte er die Forderungen und Vorstel-



lungen der Gewerkschaften und rief alle Seminarteilnehmer zur Teilnahme an der Demonstration am 26.9. auf. Er forderte die Kollegen auf, ihre Familien und Freunde mitzubringen.

Auch Landesfachbereichsleiterin Tanja Lauer warb für den Aktionstag. Sie informierte die Senioren über die am 1. September 2026 vollzogene strukturelle Veränderung zur börsennotierten Dachgesellschaft DHL AG.

Am Sonntag morgen referierte der Sekretär Alex Sauer zum Problem bargeldloser Zahlungsverkehr.



Michael Blug beim Ortsverein:

Die Dekarbonisierung und der Wasserstoff

Wie muss der industrielle Wandel aussehen? Können wir erreichen, dass es dabei gerecht zugeht? Das war die zentrale Frage beim Septembertreffen der ver.di in Saarbrücken. Der vormalige Landesbezirksleiter Michael Blug referierte am 10. September.

Wasserstoff muss künftig eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung der Volkswirtschaft spielen. Dafür bedarf es neuer Verfahren und neuer Produkte. Es geht jedoch nicht nur darum, wie künftig produziert wird, sondern auch was. Vor allem aber muss der industrielle Wandel gerecht geschehen. Zentral dabei ist es, ob die Politik ihre gemachten Zusagen einhalten wird.



Michael Blug machte klar, dass die Zukunft des Saarlandes und damit auch die Arbeitsplätze unserer Kolleginnen und Kollegen in ver.di davon abhängt, ob die Transformation hin zu grünem Stahl gelingt oder nicht. Das sieht auch Kollege Thomas Neifer, Betriebsratsvorsitzender bei energis und des VSE-Konzernbetriebsrates und zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratesvorsitzes der VSE, so. Mit seinem Fachwissen bereicherte er die Diskussion und konnte viele konkrete Fragen beantworten.

Michael Blug machte darauf aufmerksam, dass wir uns an diesem Abend über das größte Dekarbonisierungsprojekt in Europa unterhielten. Das Thema ist nicht nur für die IG Metall und auch nicht nur für unsere ver.di-Kollegen in der leitungsgebundenen En-



ergiewirtschaft von zentraler Bedeutung. Ohne Stahl fallen auch Arbeitsplätze in der Dienstleistung weg. Es geht allerdings nicht nur um unsere Arbeitsplätze, um die Existenz des Saarlandes, sondern es geht darum, ob wir eine Antwort auf die Klimaveränderungen finden und unsere Abgase deutlich reduzieren.

Unser Ziel ist es, mit der Transformation das Klima zu schützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Die Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers von August 2026, welche die wirtschaftliche Tragfähigkeit von wasserstoffbasiertem Primärstahl im Saarland infrage stellt, kann uns Gewerkschafter nicht überzeugen.

Michael Blug rechnete vor, dass der saarländische umweltfreundliche Stahl im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Entscheidend sei, dass die industriepolitischen Rahmenbedingungen für die Transformation stimmten.

Allerdings will die Bundeswirtschaftsministerin und bestimmte Kapitalgruppen von den ursprünglichen Versprechen abweichen. Konkret geht es um die Kohlendioxid-Zertifikate, die nun länger für die Industrie kostenlos sein sollen, was dazu führt, dass weiterhin mit Koks produziert werden kann. Was dann das Saarland und die Stahlindustrie in Nachteil setzen wird. Die einzig technisch verfügbare Option zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie ist die Produktion mit Wasserstoff. Technisch ist die Aufgabe lösbar und der einzig machbare Weg, wenn wir diesen Industriekern erhalten wollen.

Die Frage wird also sein, ob wir genug Druck auf Kapitaleseite und die Regierung in Berlin ausüben können. Dies wurde in einer sehr interessanten Diskussion beraten. Das war ein Abend voller kompetenter Informationen. Der Referent hat uns hervorragend in ein schwieriges Thema eingeführt. Die Versammelten danken ihm mit herzlichem Beifall.



Friedenskundgebung in Kaiserslautern:

Die Reproduktion des alten Wahnsinns

Ein Bündnis der Friedensinitiative Westpfalz, der Naturfreunde, des Sozialforums, der VVN-BdA, der Parteien Die Linke und DKP sowie einer antifaschistischen Gruppe hatte am 12. September unter dem Motto „Gegen Aufrüstung - für Soziales“ zu einer Friedenskundgebung nach Kaiserslautern gerufen. Der Hauptredner war unser Kollege Michael Quetting, der aber nicht in seiner Funktion als Vorstandsmitglied sprach.

Es sei fraglich, ob es den Regierenden mit den vorhandenen Instrumenten überhaupt möglich sei, die aktuellen Probleme zu lösen, meinte der Gewerkschafter in seiner Rede vor der Stiftskirche. Quetting: „Der Versuch einer Antwort der Herrschenden sind die sogenannten Reformen bei gleichzeitigen Bemü-



hungen, die De-Industrialisierung zu verlangsamen und das plötzliche Erlauben von Schulden für die Rüstung. Was da als vordergründig scheinbarer Gegensatz daherkommt, wird als zweischneidiges Schwert benutzt, um zu retten, was nicht zu retten ist. Sie versuchen, die Krisen zu lösen, indem sie genau das tun, was die Krisen ausgelöst hat. Sie wollen die Schulden und den Anstieg der Rüstungsausgaben auf mindestens 5 Prozent des Sozialprodukts finanzieren, mit sowohl mehr Austerität als auch mit Schulden. Die Lösung heißt statt Wohlfahrt jetzt Militarisierung. Wirtschaftspolitisch reproduzieren sie den alten Wahnsinn und wundern sich, dass sich die Lage nicht bessert.“

Michael betonte in seiner Rede, dass der Angriff auf unsere Errungenschaften und die gleichzeitige Militarisierung der Gesellschaft mit der gewaltigen Aufrüstung zwei Seiten der gleichen Medaille seien. Wir würden mit aller Macht von den Herrschenden und Regierenden angegriffen. Wir müssten uns dabei unserer möglichen Stärke bewusst werden. In den Widersprüchen unserer Zeit lägen auch unsere Chancen als Arbeiterklasse.

„Wenn diese Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften aufstehen und offensiv gegen den Krieg, gegen Aufrüstung, für Gesundheit, Soziales, Bildung, Rente und Verkehrswende, für ökologischen und sozialen Umbau kämpfen, dann können die Widersprüche auch im Interesse unserer Klasse gelöst werden, so seine Ansicht.

Wir sollten dabei realistisch bleiben. Quetting: „Jeder Euro, der ins Militär gesteckt wird, fehlt für soziale Projekte, fehlt für Kindergrundsicherung, fehlt für gute Bildung und Gesundheit, fehlt für Rente und Infrastruktur, fehlt für den notwendigen Umbau hin zu ei-



ner ökologischen Wirtschaft, fehlt für alles, was eine Gesellschaft ausmacht. Jeder Euro, der da sinnlos ausgegeben wird, verschärft die Widersprüche und verlangt nach einer Lösung der Widersprüche. Die Widersprüche werden die Dinge antreiben, sich zu verändern, statt stehen zu bleiben.“

Er appellierte an die Kundgebungsteilnehmer, optimistisch zu bleiben. So denke er z.B. an den Streik von 750.000 Fabrikarbeiterinnen – es waren überwiegend Frauen – in den Berliner Munitionsfabriken im Januar 1918. Damit wurde eine Streikwelle einge-



läutet, die schließlich zur Novemberrevolution führte und den Ersten Weltkrieg beendete. Quetting beendete seine Rede mit den Worten: „Wir sollten an unserem Grundvertrauen in die Möglichkeiten unserer Klasse nicht zweifeln. Seien wir Menschen der Tat. Nichts wird automatisch erfolgen. Was wird, entscheidet unsere Tat.“

Jubilarehrung 2026 in Neunkirchen:

Dank, Ehre und alles gemeinsam

Am 8. September war es wieder mal soweit. Der ver.di-Bezirk ehrte seine langjährigen Mitglieder aus dem Saarland in der wunderschönen Glasgebläsehalle im Hüttenareal der Stadt Neunkirchen.

ver.di-Geschäftsführer Christian Umlauf begrüßte in der festlich geschmückten Glasgebläsehalle zahlreiche Jubilare und bedankte sich für ihre Treue. Geehrt wurden Mitglieder für 25, 40, 50, 60, 65, 70, 75 und 80jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaftsbewegung. Hannah Cottone begeisterte mit ihrem Gesang die Jubilare gleich zu Beginn mit dem Lied „Ein bisschen Frieden“.



In seiner kurzen Einleitung ging Christian auf alle aktuellen Fragen ein. Gerade hätten die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt die Unzufriedenheit der Bevölkerung deutlich werden lassen. ver.di setze in dieser Situation auf Solidarität und die Geehrten seien ein Beispiel für gelebte Solidarität. Gerade in Zeiten der Krisen und der Kriege stünde die Gewerkschaft für das Ringen um Frieden und internationale Solidarität. Er betonte dabei den Stellenwert des Sozialen. Der Sozialstaat würde angegriffen, es fehle überall an einer auskömmlichen Finanzierung. Akut sei besonders das Gesundheitswesen und die Pflege betroffen, aber



auch die Rente soll gekürzt werden. Besonders verärgert sei man, dass es nicht mehr möglich sein soll, nach 45 Jahren abschlagsfrei in die Rente gehen zu können. Bei all den Angriffen käme der kommende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst eine besondere Bedeutung zu. Am 26.9. wollte man gemeinsam ein Zeichen setzen und er bat die Mitglieder um Teilnahme.





Man sammelt sich zur Demo ab 10 Uhr bei ver.di im Hof.

Es war eine sehr würdige und angenehme Jubiläarveranstaltung. Viele Kolleginnen und Kollegen trafen sich seit längerer Zeit wieder und erneuerten ihre Bekanntschaft. ver.di bedankte sich für ihr Engagement mit kleinen Geschenken und einem köstlichen Buffett, das keine Wünsche offen ließ.

In gewohnter Weise interviewte Christian einige Veteranen, während die stellvertretende Landesbezirksleiterin Sabine Engelhardt-Cavelius mit den bewährten Helferinnen aus dem Büro den Jubilaren persönlich auf der Bühne gratulierte. Die Interviewten erzählten Anekdoten aus ihrem Gewerkschaftsleben. Der ehemalige Vorsitzende des Bezirkes Bernd Schumann, der für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurde, forderte



auch zur Teilnahme am Aktionstag auf und betonte unter Beifall dabei die Feststellung unseres Ortsvereins: „Wer den Sozialstaat verteidigen will, muss die Kriegstüchtigkeit ablehnen.“



28. September in Kirkel:

Kommunen am Limit

„Wer zahlt den Preis der Finanznot?“ So lautet die Fragestellung, die am Montag, 28. September, im Bildungszentrum der Arbeitskammer nachgegangen wird.

Die finanzielle Lage der saarländischen Kommunen ist angespannt. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an Städte und Gemeinden stetig: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind ebenso notwendig wie Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Die finanziellen Handlungsspielräume vieler Kommunen werden immer enger.



Die Folgen dieser Entwicklung sind für Bürgerinnen und Bürger, für Beschäftigte zunehmend spürbar. Wenn notwendige Investitionen ausbleiben, öffentliche Leistungen eingeschränkt werden oder Stellen unbesetzt bleiben, wirkt sich das direkt auf die Lebensqualität vor Ort und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst aus. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie Kommunen unter diesen Bedingungen ihre zentrale Rolle für gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Teilhabe und die Gestaltung der Zukunft noch erfüllen können.

Im Rahmen einer Veranstaltung des ver.di Bezirkes und der Arbeitskammer werfen wir einen Blick auf die aktuelle Finanzsituation der saarländischen Kommunen, diskutieren die praktischen Auswirkungen in Städten und Gemeinden und beleuchten die Folgen für Beschäftigte, Bürger*innen und die Demokratie. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Gewerkschaften und Politik wollen wir erörtern, welche politischen und finanziellen Weichenstellungen (auch in Bund und Land) notwendig



Programm:

9:00 Uhr **Ankommen**

9:30 Uhr **Begrüßung und Impulsvorträge**
Anke Schmeier
 Landesvorsitzende ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland

Die finanzielle Situation der Saar-Kommunen
Dr. Patricia Bauer
 Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Arbeitskammer des Saarlandes

Auswirkungen der Finanzlage in der kommunalen Praxis
Udo Recktenwald, Landrat
 Stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages Saarland

Stefan Spaniol
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Saarländischen Städte- und Gemeindetages

Die Rolle starker Kommunen für eine starke Demokratie
Anke Schmeier
 Landesvorsitzende ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland

11:00 Uhr **Podiumsdiskussion mit**
Dr. Patricia Bauer
Udo Recktenwald
Stefan Spaniol
Christian Umlauf
 ver.di Geschäftsführer Bezirk Region Saar Trier

Moderation
Fabienne Wolfanger
 Geschäftsführerin der DGB-Region Saar-Trier

12:30 Uhr **Imbiss**

14:00 Uhr **Workshops zur weiteren Ausarbeitung der Forderungen**

16:00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

sind, um die kommunale Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Erwartet werden neben unseren Funktionären auch die Funktionäre der saarländischen Kommunen und der Arbeitskammer. Eine Podiumsdiskussion wird die Akteure zusammenbringen und nachmittags sind Workshops zur weiteren Arbeit geplant.

Die Teilnahme ist kostenlos, um Anmeldung wird gebeten.

Live Peace 2026:

Homburg setzt Zeichen für Frieden

Das Live Peace ist eine globale Friedensinitiative, die Menschen weltweit jedes Jahr rund um den Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen durch Musik, Kunst und gemeinsame Botschaften vereint. Auch dieses Jahr findet am 19. September ein Konzert in Homburg statt.

Frieden ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Und die Geschichte zeigt, dass es meist die Bürger waren, die große Veränderungen bewirkt haben.



Marilyn Heib

„Live Peace lädt Menschen überall dazu ein, ihre Stimme auf eine neue und kraftvolle Art und Weise zu erheben: durch Musik,“ betont die sympathische Marilyn Heib. Sie ist die Co-Präsidentin der internationalen Vereinigung, welche von bereits 10 Friedensnobelpreisträger*innen unterstützt wird. So finden dieses Jahr wieder weltweit Friedenskonzerte statt, um die benötigte Aufmerksamkeit für Frieden zu schaffen. Von lokalen Bühnen bis hin zu globalen Live-Übertragungen versammeln sich Menschen aus der ganzen Welt, um Frieden zu fordern - nicht mit Waffen, sondern mit Musik und Solidarität.

Dieses Jahr findet auch wieder in der Kreis- und Universitätsstadt Homburg eines der weltweit 100 geplanten Konzerte statt. Das Besondere dabei ist, dass dieses Jahr die Stadt selbst Hauptveranstalter ist. Damit reiht sich Homburg in eine Reihe anderer Städte wie Oslo oder Brügge ein.

Los geht es am Samstag, 19.9.26 um 17 Uhr mit der Eröffnung und Begrüßung. Ab 17:15 Uhr sorgt Awajije für den musikalischen Auftakt. Ab 18:30 Uhr gehört die Bühne dann Oku and the Reggaerockers, die bis 20:45 Uhr mit ihrem Live-Konzert für Musik und Stimmung sorgen. Der Eintritt ist frei.



Auch 2025 fand in Homburg ein Live Peace Konzert statt. Der Friedensaktivist Rainer Braun vom International Peace Bureau in Genf war letztes Jahr zum Grußwort in die Kreisstadt gereist.



Aktion Nr. vier:

Schulstreik am 25.9.

Der 4. Schulstreik gegen die Wehrpflicht steht vor der Tür. Am 25. September 2026 gehen deutschlandweit wieder Schüler*innen auf die Straße, um gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht zu demonstrieren. Ihr Motto „Nein zur Wehrpflicht. Die Reichen wollen Krieg. Die Jugend eine Zukunft.“ Demonstriert wird auch in Saarbrücken. Und selbstverständlich sind wir solidarisch dabei.

Seit Januar werden „Wehrdienst-Erfassungsbögen“ an alle 18-Jährigen verschickt, nächstes Jahr sollen die Musterungen beginnen. Die Bundesregierung droht mit der Wehrpflicht, wenn ihnen diejenigen, die sich freiwillig melden, nicht reichen. Das Saarland steht in dieser Bewegung nicht abseits und die Protestierenden brauchen unsere Solidarität und Unterstützung, zumal wir uns als Gewerkschaften eindeutig gegen die Wehrpflicht positioniert haben.

Auf der dritten zentralen Schulstreikkonferenz im Juli in Essen formulierten die Schüler*innen ihren Standpunkt, den wir hier leicht gekürzt dokumentieren:

Wir wollen keine verpflichtenden Fragebögen, Bußgelder, keine Schaffung von Musterungszentren im ganzen Land und keine geplante Eingliederung des Bundesfreiwilligendienstes in den Kriegsdienst. Sie sind Mittel, um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und so einen weiteren von Deutschland ausgehenden Krieg vorzubereiten.

Wir wollen nicht 180 Tage unseres Lebens aufgeben, um in einer Kaserne zu Drill und Gehorsam erzogen zu werden. Durch Jugendoffiziere an Schulen, Werbung und indem man uns mit mehr als 2.000 € im Monat und einem kostenlosen Führerschein lockt, soll die Bundeswehr normalisiert werden. ... Nach der Wehrpflicht bleiben wir unser Leben lang Reservisten, können Jahrzehnte zu Kriegsübungen und zum Krieg gezwungen werden.

Wir wollen nicht in einen Krieg ziehen, in dem wir auf junge Menschen aus anderen Ländern schießen sollen, die genauso wie wir nicht in den Krieg ziehen wollen, die genauso wie wir Ängste und Hoffnungen haben und eine Zukunft wollen, die genauso wie wir von diesem Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben. ... Krieg kostet uns das Leben, während Konzerne wie Rheinmetall Rekordprofite machen.

Wir wollen nicht zur Waffe gezwungen werden, damit Deutschland „erneut die führende Militärmacht Europas“ und die Bundeswehr, „zur stärksten konventionellen Armee Europas“ wird....

Wir merken die Kriegsvorbereitung jetzt schon, wenn Milliarden über Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, während unsere Schulen und Unis kaputtgespart werden. ... Wir lernen in heruntergekommenen Gebäuden, mit veraltetem Material und von überlasteten Lehrkräften. Auch nach der Schule gibt es kaum noch eine sichere Perspektive. Kaum ein Betrieb bildet mehr aus oder übernimmt Azubis. Es erwarten



uns zu niedrige Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten und Massenentlassungen. Auch studieren wird immer mehr zum Luxus. Zudem erwartet uns zukünftig nicht einmal eine Rente oder Schutz im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. All dies nutzt die Bundesregierung, indem sie die Bundeswehr als einzige Alternative für heutige Jugendliche bietet. Nicht nur die Wehrpflicht zwingt viele von uns an die Waffe, sondern auch die steigende Perspektivlosigkeit.

Wir wehren uns zusätzlich gegen jede Form von Zwangsdiensten, die entweder als scheinheiliger „Ersatz“ zur Wehrpflicht präsentiert werden oder im Sinne des Grundgesetzes Artikel 12a im „Verteidigungsfall“ eingefordert werden können. Hier richten wir uns auch gezielt gegen den Sanitäts- und Lazarettendienst, der von Frauen im Kriegsfall ausdrücklich gefordert werden kann.

Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht sind heute nicht mehr wegzudenken. Das sehen wir, wenn die Kriegsdienstverweigerungszahlen jetzt nicht mehr veröffentlicht werden. Das sehen wir, wenn die Medien einfach nicht fassen können, dass wir uns selbst für unsere Interessen organisieren können und deswegen behaupten, wir seien unterwandert oder „linksextrem“! Wir sind Schüler:innen, die sich in einem breiten Bündnis gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg engagieren. Teil dieses Bündnisses können alle sein, die es aufrichtig mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht meinen. Es wird versucht, uns mit Schuleinsperrungen während der Streiks, Verboten von Schulhofkundgebungen und Anzeigen wegen Demoparolen einzuschüchtern. Doch dadurch lassen wir uns nicht abhalten und antworten mit weiteren Aktionen und Streiks!

Naturfreunde und Graue Grüne laden zur Diskussion ins Kino Achteinhalb:

Pflegenotstand

Deutschland steuert auf einen massiven Pflegenotstand zu. Die Naturfreunde der Sektion Straßenbahn und die Grauen Grünen Saar laden deshalb am 01. Oktober 2026 um 19 Uhr ins Kino Achteinhalb ein, um das Thema „Pflege / Pflegenotstand“ anhand eines Filmbeitrags zu beleuchten und anschließend mit Expert*innen über Lösungswege zu diskutieren.

Die Zahlen sind alarmierend: 5,7 Millionen Menschen waren Ende 2023 im Sinne des SGB XI pflegebedürftig – doppelt so viele wie 1999. Rund 86 Prozent werden zu Hause versorgt, überwiegend von Frauen, die Pflege, Beruf und familiäre Verantwortung gleichzeitig schultern. Für viele Betroffene ist eine stationäre Unterbringung finanziell nicht zu stemmen, während Pflegeeinrichtungen ihrerseits über gravierenden Fachkräftemangel klagen. Besonders kritisch: Die Bundesregierung plant, die Rentenpunkte für pflegende Angehörige abzusenken – ein Schritt, der sozialpolitisch auf Unverständnis stößt.

Der Referentenentwurf zum Pflege neuordnungsgesetz müsse grundlegend überarbeitet werden. Eine geplante Aussetzung der Tariflohnpflicht und die unzureichende Refinanzierung von Tarifierhöhungen sieht ver.di sehr kritisch. Als Skandal bezeichnet der ehemalige ver.di-Pflegebeauftragte Michael Quetting die Kürzung von Zuschüssen für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen. „Ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Versicherung würde Ungerechtigkeiten beseitigen“, so seine Meinung. „Darüber hinaus sollten Beiträge auf alle Einkommensarten erhoben werden, auch zum Beispiel auf hohe Mieteinnahmen und Aktiengewinne. Das würde dauerhaft eine bedarfsgerechte Pflege für alle ermöglichen.“

„Wir müssen in den kommenden Jahren eine Infrastruktur schaffen, die von Caring Communities getragen wird. Nur in solchen kommunalen Lebensräumen kann eine Kultur der Achtsamkeit und sorgenden Gemeinschaften entstehen, die Lebensfreude vermittelt und Menschen ein möglichst selbstbestimmtes, sicheres und sozial eingebundenes Leben ermöglicht“, betont Prof. Reiner Feth vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die Veranstaltung der Frage, ob die Kommunalisierung der Pflege ein Schlüssel für die Versorgung von morgen sein kann. Angesichts der anhaltenden politischen Diskussion wollen die Veranstalter die „Kommunalisierung als Schlüssel zur Pflege von morgen“ thematisieren.

Neben einem Impulsreferat wird der Film „Wer pflegt die Eltern, wenn sie alt sind und Hilfe benötigen“ zunächst ins Thema einführen.

Unter der Moderation von Dörte Grabbert (Arbeitskammer) diskutieren dann u.a. Prof. Reiner Feth (Eh-

renvorsitzender des DPWW, Landesverband RLP/SL), Esther Braun (Referatsleiterin Pflege – AK Saarland), Thomas Müller (Abteilungsleiter Pflege und Senioren, Sozialministerium SL), Tobias Raab (Dezernent für Wirtschaft, Soziales und Digitalisierung in Saarbrücken) und Marius Zimmer (Bachelor Soziale Arbeit). Leider haben die Veranstalter vergessen, die zuständige ver.di-Sekretärin Lisa Summkeller einzuladen. Auch unser Vorstandsmitglied Michael Quetting wäre ein kompetenter Vertreter, wenn man will, kann man auch Experte sagen: Er wäre sicherlich ein spannender Diskutant. Er initiierte kreative und lautstarke Protestaktionen unter dem Slogan „Aufstehn für die Pflege“. Trotzdem sei die Veranstaltung, die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wird, beworben. Der Eintritt für die Besucher*innen ist frei.



**verfolgt-
vertrieben-
vernichtet**

**Verfolgung von
Homosexuellen
durch den NS-Staat**

Referent: Dr. B. Jellonnek

NIE WIEDER IST JETZT!

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, Eintritt frei

09. Oktober 2026 | Naturfreundehaus Kirkel | 18:00 Uhr

Ludwig-Diehl-Saal, Limbacher Weg 8, 66459 Kirkel

Hochrangige Diskutanten in der Feuerwache:

Alltägliches Spektakel

Theater in der Alten Feuerwache, danach Gespräche. Gemeinsam mit der Arbeitskammer des Saarlandes hat das Staatstheater etwas entwickelt, was „Zukünfte der Arbeit“ genannt wird. Dazu sind bekannte Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung eingeladen, um gemeinsam über die Arbeit der Zukunft zu sprechen.

Was bedeutet Arbeit für unser Leben? Diese Frage ist ein Theaterteam zwei Monate nachgegangen und durch das Saarland gereist. Aus den Interviews mit rund 100 Befragten wurde ein Theaterstück.

Saarländisches
Staatstheater



Zukünfte der Arbeit

**Gesprächsreihe
September - Dezember 2026**

Im Anschluss an die Vorstellungen
von „Alltägliche Spektakel.“
Ein Stück über Arbeit im 21. Jahrhundert“
von Paula Kläy



„Alltägliche Spektakel“ feierte am 5. September Premiere in der Alten Feuerwache.

Karin Mayer vom SR bezeichnete in ihrer Premierenkritik das Schauspiel als „poetischen Abend“. Das „Alltägliche Spektakel“ sei ansprechend und wertschätzend, man solle sich den Abend auf keinen Fall entgehen lassen. Auch Silvia Buss von der Saarbrücker Zeitung stellt durchaus „starke Momente“ fest, ist aber nicht so voller Lob wie Karin Mayer. Sie lobt allerdings das „starke Ensemble“ und die Ausstattung. Beide äußern sich aber nicht zu der Diskussion im Anschluss, was ja gerade das Besondere an den Auführungen darstellt.

In „Alltägliche Spektakel. Ein Stück über Arbeit im 21. Jahrhundert“ von Paula Kläy werden Wesen aus der Zukunft bei archäologischen Ausgrabungen gezeigt. Sie wollen dem Rätsel der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert näher kommen und werfen dabei einen liebevollen und rätselnden, konkreten und poetischen Blick auf unsere Zeit.

Im Programmheft kann man lesen: „Auf die künstlerische Auseinandersetzung folgt der gemeinsame Gedankenaustausch. In einer neuartigen Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes gehört zu jeder Vorstellung der Atelierproduktion ein Gespräch über die Zukunft der Arbeit und die Arbeit der Zukunft. Lokale wie überregionale Expert*innen aus so unterschiedlichen Bereichen wie Politik, Journalismus, Literatur, Soziologie und Zukunftsforschung sind eingeladen, über Sinnstiftung, Ist-Zustand und Entwürfe für die Zukunft unserer Gesellschaft – im Saarland und bundesweit – mit Ihnen zu diskutieren“.

Zu den geladenen Expert*innen gehören Prof. Dr. Hans-Jürgen Urban am 19.09., Vanessa Barth am 30.09., Dr. Nicole Mayer-Ahuja am 2.10., Dr. Frank Hirsch am 11.10., Dr. Matthias Hoffmann am 23.10., Timo Ahr am 06.11., Max Hewer am 19.11. P19.11., Klaus Dörre am 15.12. und Dr. Hannah Schade am 29.12.

Alle Informationen unter: <https://www.staatstheater-saarland/detail/alltaegliche-spektakel>

Impressum:**Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand**

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlaut@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf